

Sackgassen und „selbsternannte Flüchtlingsräte“

Die Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei ist spürbar angestiegen. Mit 1.306 Asylantragstellenden im August liegt die Türkei im Ranking der Herkunftsländer inzwischen auf Platz zwei hinter Syrien. Hintergrund sind wieder einmal polizeiliche Repression und militärische Gewalt in den kurdischen Siedlungsgebieten sowie eine erneute Verhaftungswelle gegen vermeintliche und tatsächliche Oppositionelle.

Die türkische Wirtschaft befindet sich seit Monaten in Talfahrt. Leidtragende sind u. a. auch 3,6 Mio. meist unter ohnehin prekären Bedingungen im Lande lebende syrische Flüchtlinge. Zunehmend werden sie als Konkurrenten auf dem angespannten Arbeitsmarkt gesehen. Diskriminierungen und tätliche Angriffe grassieren. Umfragen zählen nur noch 21 Prozent, die Menschen aus Syrien als Nachbarn zu dulden bereit sind, und eine große Bevölkerungsmehrheit, die die Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien einfordert.

Präsident Erdogan kommt dieser innenpolitische Druck als willkommener push-Faktor für sein Vorhaben, in eine sogenannte Schutzzone östlich des Euphrat im Norden Syriens bis zu 1 Mio. syrische Flüchtlinge abzuschieben, gut zu pass. Und er inszeniert öffentliche Drohungen, die Grenzen für Geflüchtete in Richtung EU zu öffnen und – sollte es keinen mehrere Milliarden schweren Nachschlag aus Brüssel geben – den Flüchtlingsdeal mit der EU scheitern zu lassen.

Auf den griechischen Inseln haben sich die monatlichen Ankunftsdaten von Geflüchteten zwischen Januar und August dieses Jahres auf über 8.000 Menschen vervierfacht. Dort sind bis dato 24.000 Menschen in die Sackgasse der EU/Türkei-Vereinbarung und davon 20.000 in erbärmliche, zu 300 Prozent überbelegte Lager geraten. 40 Prozent sind Minderjährige unter 17 Jahren. Derer viele warten z. T. seit Jahren auf ein Visum zur Einreise zu ihren in Deutschland aufenthaltsberechtigten Eltern. Die griechische Regierung appelliert derzeit erfolglos an alle EU-Mitgliedsstaaten, zumindest die Kinder aufzunehmen.

Doch auch in Deutschland haben in Griechenland gestrandete Flüchtlingskinder keine Priorität. Eine proaktive Flüchtlingsaufnahme wird allenfalls in umfangarmen Aufnahmeprogrammen des Bundes und der Länder zelebriert. Zahlenmäßig nicht relevant, aber als öffentliche Inszenierung einer vermeintlich humanitären Flüchtlingspolitik beliebt, werden zudem bisweilen Kleinstgruppen von auf dem Meer herumirrenden Seenotrettungsschiffen aufgenommen.

Derweil werden mit den im sogenannten Migrationspaket gebündelten Gesetzesänderungen bestehende Schutz- und Integrationsperspektiven für Geflüchtete geschliffen. Sollen den Betroffenen auf diesem Wege sukzessive die letzten Hoffnungen auf nachhaltiges Entkommen ausgetrieben werden? Einst von der Politik gehypte Ehrenamtsinitiativen fragen sich auch, ob hierzulande Flüchtlingspolitik nunmehr endgültig auf Isolierung in Lagern und zeitnahe Externalisierung reduziert sein wird.

Denn eine gute Bleibeperspektive bleibt nur noch zwei Herkunftsgruppen vorbehalten. Alle anderen werden unter den Bedingungen neunmonatigen Arbeitsverbots und weitgehender sozialer Isolierung 18 Monate und länger kaserniert. Die Chancen schwerstkranker Ausreisepflichtiger auf ein Attest sind quasi auf Null justiert. Die Polizei darf – ohne richterliche Zustimmung einzuholen – auf der Jagd nach Schülern in jeden privaten Raum einbrechen. Ob eine Abschiebung überhaupt möglich ist, soll für die Inhaftierung zweitrangig werden. Abschiebungshaft wird in jedem Knast möglich sein und Beugehaft die Mitwirkung an der eigenen Abschiebung erpressen. Die Zweifel daran, ob das alles europarechts- und verfassungskonform ist, haben die GroKo – möglicherweise im Vertrauen darauf, dass der Rechtsweg vielen Betroffenen faktisch nicht zugänglich ist? – offenbar nicht tangiert.

Die Angst vor dem Aderlass an eigener Wähler*innenklientel und vor zunehmender rechtsextremistischer Konkurrenz in den Parlamenten verführt offenbar die demokratischen Parteien, eine v. a. wirtschaftsorientierte Einwanderungspolitik gegen die einer nachhaltigen Flüchtlingsaufnahme und -integration auszuspielen. Ob auch die bürgerschaftlich engagierte Flüchtlingshilfe Gefahr läuft, zum Spielball solcherart politischer Kalküle zu werden, ist noch nicht ausgemacht.

Jedenfalls blasen die AfD-Fraktionen in einigen Landtagen und zuletzt im Bundestag schon mal zum Halali und nehmen mittels parlamentarischer Anfragen die „selbsternannten Flüchtlingsräte“ als „unabhängige Vertretungen der in den einzelnen Bundesländern tätigen Flüchtlingsorganisationen, Solidaritätsinitiativen und Unterstützergruppen“ (BT Drucksache 19/13010) insbesondere mit Blick auf ihre öffentliche Förderung ins propagandistische Fadenkreuz. Die dazu bislang noch ausbleibende öffentliche Debatte wird so oder so zeigen, welchen gesellschaftlichen Stellenwert die demokratischen Teile der politischen Klasse einem bürgerschaftlichen Menschenrechtsengagement zukünftig noch einzuräumen bereit sind.

Martin Link

Kiel, 11.9.2019